

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 2 (1961)  
**Heft:** 49  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 06.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

standen, darunter Temir-Tau, wo die «Kasachstanskaja Magnitka» das Gusseisen produziert. Nicht weit davon entfernt befindet sich Karkaspaï mit seiner Kupferindustrie. Einige Fabriken von Karaganda sind wirkliche Industrieriesen. Das Kupfer und die Buntmetalle aus dem Balchasch-Gebiet werden an über 400 sowjetische und ausländische Unternehmen geliefert.

Der Osten Kasachstans liegt vor allem im eisenerzreichen Altai-Gebirge, eines der ältesten Zentren der Buntmetallurgie. Das Blei-Zink-Kombinat von Ust-Kamenogorsk bringt jetzt über 20 verschiedene Produktionsarten heraus... Dieses Gebiet von den Elektrokraftwerken am Irtysch mit Elektroenergie versorgt (Kraftwerke von Ust-Kamenogorsk und Buchtarminsk). Es sind aber noch weitere neun Kraftwerke am Irtysch geplant. Im Stausee, dem «Buchtarminskijemore» gibt es viele Fische, in einigen Jahren wird man mit einem Jahresfischfang von 300 000 Tonnen rechnen können... Der Altai ist sehr waldreich und beherbergt wertvolle Pelztier. Der Waldreichtum von Kasachstan erstreckt sich auf 26 Millionen Hektar und ist in 134 Leschos (Waldstaatsbewirtschaftung) und 303 Waldreviere eingeteilt.

Im Westen von Kasachstan ziehen sich die grasbedeckten Steppen hin, und münden in der Wüstenebene von Nord-Kaspien. Hier ist die chemische Industrie der Republik zu Hause. Hier befinden sich die Chromerzlager, die Solen- und Erdölindustrie. Man forscht weiter nach den Erdölquellen und den Erdgasvorkommen. Die neuen Industrieorte sind hier: Ken-Kjak und Prorwa... An den Ufern des Kaspiischen Meeres und des Ural-Flusses ist vor allem der Fischfang und die Fischverarbeitungsindustrie entwickelt.

Im Norden Kasachstans sind die Neulandgebiete (Selina). In den letzten sieben Jahren wurden in diesem Gebiet von Kasachstan mehr als 25 Millionen Hektaren Neuland urbar gemacht. In diesem Neulandgebiet wurden Hunderte von neuen Gross-Sowchosen errichtet. In den Jahren des urbar gemachten Neulandes hat Kasachstan 3100 Millionen Pud (1 Pud = 16 Kilo) Getreide abgeliefert... Ausserdem sind in diesem Nordgebiet der Republik zahlreiche Industriezweige entwickelt: Metallbearbeitung, Schwer-, Lebensmittelindustrie. Hier befindet sich das riesige Sokolowsko-Serbaïskij Berg-Kombinat, welches bereits die Unternehmen im Süd-Ural mit Rohstoffen versorgt...

Im Süden Kasachstans mit seinen grossen Wüstenstrichen ist die Blei-, Zink-Industrie, die Leicht-, Lebensmittel- und Maschinenbauindustrie stark entwickelt. Der Süden liefert dem Lande die modernen Schmiedepresse-Ausrüstungen und Exkavatoren. Die Phosphorit-Lager bei Kara-Tau (Gebiet von Dschambulsk) sind die grössten in der UdSSR. Der Aral-See ist ebenfalls fischreich. In Ksyl-Orda wird das zweitgrösste Zellulose-Schilf-Kombinat gebaut. Bald wird es seinen Betrieb aufnehmen und die UdSSR wird Papier, Kartonnage, Viehfutter aus Schilfrohr bekommen... Der Hauptreichtum von Süd-Kasachstan ist aber die Baumwolle. Der älteste Baumwoll-Sowchos wurde im 1924 «Pacht Aral» (Baumwoll-Insel) gegründet. Gegen Ende des Siebenjahresplanes werden in Süd-Kasachstan noch weitere Baumwoll-Sowchose und Reispflanzungen errichtet.

## Die Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik

**Geschichte:** Die Kasachen lebten im Rahmen von drei Orden — Herrschaftgebiete — (alte, mittlere und junge) und führten erbitterte Kämpfe gegen die Mongolen. Wie die Grosse Sowjetenzyklopädie schreibt, haben die Volksmassen die 1731 erfolgte Unterwerfung der jüngeren Orden, bzw. die 1740 erfolgte Unterwerfung der mittleren Orden «gutgeheissen». Wörtlich heisst es: die Chane (Fürsten) der Kasachen wurden «in russisches Untertanentum aufgenommen». 1822 und 1824 wurde jedoch das Chanentum aufgehoben und ein russisches Verwaltungssystem (Militärverwaltung) eingeführt. Die Aufstände gegen Russland hörten nicht auf: 1783—1797 Aufstand der Kasachen der jungen Orden, 1824—1847 Aufstände aller Kasachen gegen Russland, im Bündnis mit Chiwa, Kokand, Buchara. Wie die sowjetische Geschichtsschreibung erklärt, waren diese Aufstände «reaktionären Charakters», weil sie bezweckten, die Kasachen kasachischen Feudalherren zu unterwerfen. — 1846 wurde auch der dritte, alte Orden, zum Unterten Russlands und zwar «freiwillig». Die Unterwerfung der Kasachen dem zaristischen Russland war eine progressive Tat, weil die Kasachen von Russland gegen ihre Feinde geschützt wurden, und weil sie dadurch dem englischen Imperialismus nicht zum Opfer fallen mussten. (England unterstützte Chiwa, Kokand, Buchara, usw.). «Die Hauptsache war aber, dass das kasachische Volk sein Schicksal mit Russland verband und nachher zum Zentrum der weltrevolutionären Bewegung wurde», stellt die sowjetische Geschichtsschreibung dar. Nach 1868 wurde Kasachstan in militärisches Gebiet umgewandelt.

Nach 1917 teilte Kasachstan das Los von Turkestan, dessen Teil es bildete. Ende 1917 anfangs 1918 wurden die Lokalsowjets in Kasachstan errichtet, die «konterrevolutionären» nationalen Kräfte, welche durch die «englischen Imperialisten» aufgewiegelt und organisiert wurden, leisteten aber erbitterten Widerstand.

Die einheimische Bevölkerung konnte sich aber nicht organisieren und wurde von den, durch den turkestanischen Sowjetkongress gestellten Gegenregierung, ein-

berufenen Roten Armeeinheiten niedergeschlagen. Die Autonome Turkestanische Sowjetrepublik wurde am 1. Mai 1918 ausgerufen, welche von der RSFSR gleich anerkannt wurde. Ihre erste Verfassung vom Oktober 1918 war das Nachbild derjenigen der RSFSR. Es dauerte jedoch mehrere Jahre, bis ganz Turkestan von der Roten Armee erobert wurde (1922).

Durch das Dekret vom 11. April 1921 wurde Turkestan als autonome Republik der RSFSR erklärt. 1924—1925 wurde jedoch Turkestan in viele kleinere «Staaten», «Republiken» aufgeteilt.

Kasachstan wurde 1920 (26. August 1920) als autonome Republik Kirgisien innerhalb der RSFSR errichtet. (Nicht zu verwechseln mit dem gegenwärtigen Kirgisistan, welches damals Kara-Kirgisien genannt wurde).

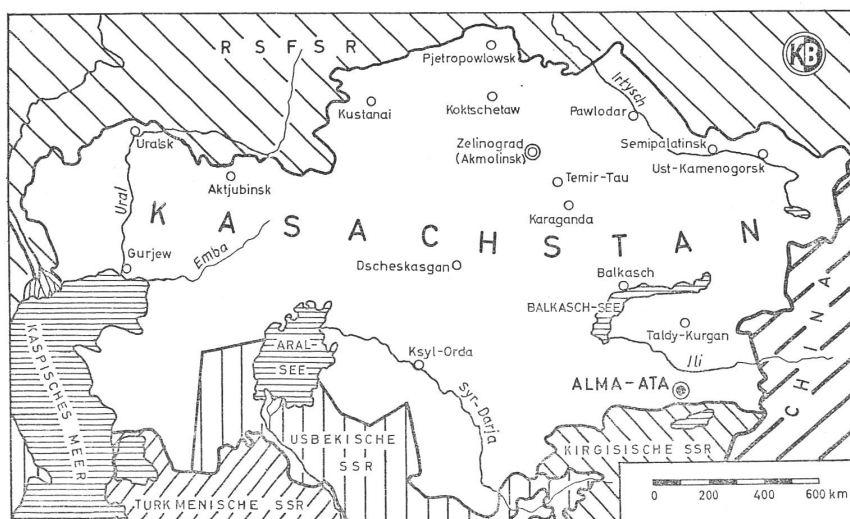
Durch die Verfassungsreform vom 5. Dezember 1936 wurde die Kasachische (kirgisische) Autonome Republik als selbständige Sowjetrepublik erklärt. (Paragraph 28 der Verfassung).

**Verfassung:** vom 26. März 1937. — Die Leiterin des Staates ist aber die KP von Kasachstan. Diese KP bestand aber meist aus Russen und zwar in geringer Zahl. 1921 hatte sie 25 000, im Jahre 1925 32 000 Mitglieder (davon aber nur 36,5 Prozent Kasachen). Trotzdem übernahm diese Minderheit die Macht. (Gegenwärtig hat sie 345 000 Mitglieder).

**Bevölkerung:** Stammbevölkerung: Kasachen, ein Turkvolk. Die grösste Völkergruppe ist aber die russische. Von 1954—1961 hat die Bevölkerung des Landes um 3 Millionen zugenommen. 3 974 000 Russen 43,1 Prozent, 2 795 000 Kasachen 29,6 Prozent, 762 000 Ukrainer 8,2 Prozent. Landbevölkerung: 5 232 000 (56 Prozent), Stadtbevölkerung: 4 069 000 (44 Prozent). 3,7 Personen auf 1 Quadratkilometer.

**Fläche:** 2 756 000 Quadratkilometer, zweitgrösste Sowjetrepublik. Hauptstadt: Alma-Ata mit 479 000 Einwohner. Das Gewicht wird aber immer mehr auf Akmolinsk verschoben, weil es von der chinesischen Grenze erheblich weiter entfernt ist, als Alma-Ata.

**Wirtschaft:** Siehe Spezialkarte.



(Fortsetzung von Seite 3)

ren Kolchosen, die Zwischenkolchos-Fonds, die Erweiterung der unteilbaren Kolchosfonds, Umwandlung einer Anzahl von Kolchosen in Sowchosen, Umwandlung von zahlreichen Gewerbebetrieben in staatliche — bzw. sowjetische — Industriebetriebe usw. Artikel 6 der jetzigen Verfassung über die Objekte des Staatseigentums muss abgeändert werden: die Maschinen- und Traktorstationen müssen ausgeklammert und die grossen Kraftwerke aufgenommen werden. (§ 6: Objekte des ausschliesslichen Staatseigentums sind: der Boden, seine Schätze, die Gewässer, Wälder, die Werke, die Fabriken, die Gruben, die Bergwerke, das Eisenbahn-, Wasser- und Luftverkehrswesen, die Banken, das Post- und Fernmeldewesen, die Sowchosen, die Maschinen- und Traktorenstationen, sowie die Kommunalbetriebe und der Grundbestand an Wohnhäusern.) Auch der Artikel über das Kolchoseneigentum muss einer ähnlichen Aenderung unterzogen werden, denn die Kolchosen haben die Maschinen der MTS 1958—59 angekauft. (Vgl. § 7 der Verfassung.) Die Rechtsliteratur stellt ferner eine sehr wichtige Forderung auf: auch den Organisationen und Vereinen muss das Recht auf Eigentum verfassungsmässig gewährt werden, da die Verwaltung der Eigentumsobjekte dieser Gesellschaftsorganisationen ganz anders vorgenommen wird als jene der übrigen Eigentumskategorien.

Die Sowjetjuristen halten es ferner für wichtig, auch den Artikel 11 der Verfassung über das Planungswesen der gegenwärtigen Lage anzupassen. Dieser Artikel müsse auf die internationale Arbeitsteilung unter den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und auf die Einbeziehung der erwähnten Länder in das Planungssystem hinweisen. Auch dieser Artikel sollte im Zeichen der «Internationalisierung» der Sowjetverfassung stehen.

### Propaganda

Die bezweckte Propagandawirkung der auszuarbeitenden Verfassung ist unbestreitbar. Die 1936 angenommene Sowjetverfassung hat verhältnismässig wenig Propagandastoff enthalten, hauptsächlich, weil es in dieser Verfassung keine Einleitung gab. Die 1947—1952 erlassenen volksdemokratischen Verfassungen führten schon die nach innen und aussen ausstrahlende Propaganda ein und noch weiter ging diesbezüglich die 1960 erlassene Verfassung der Tschechoslowakei. Die neue Sowjetverfassung soll aber — wie man aus den Vorschlägen und Empfehlungen der Sowjetjuristen und Konferenzen sieht — zu einer ausgesprochenen «Propagandaverfassung» werden. Dabei richtet sich die Propaganda vor allem nach dem Ausland, indem sie die zukünftigen Entwicklungspläne (Aufbau des Vollkommunismus, «Vergesellschaftlichung» und «Absterben» des Staates, Abschaffung der Steuer, vor allem aber der Kampf um den Frieden, für die friedliche Koexistenz, gegen die Kriegshetzer usw.) auf den Rang von Verfassungsinstitutionen hebt. Jene Entwicklungstendenz aber, welche bei der Bevölkerung auf Widerwillen stiess, wurde verschwiegen. So vermeiden die Sowjetjuristen in ihren Vorschlägen den Hinweis in der auszuarbeitenden Verfassung auf die allmähliche Einschränkung des Kreises des «persönlichen Eigentums» (§ 10 der

jetzigen Verfassung), es gibt keine Anspielung auf den § 9, welcher die «auf persönlicher Arbeit beruhende und eine Ausbeutung fremder Arbeit ausschliessende kleine Privatwirtschaft von Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden» zulässt. Es sind heikle Fragen und obwohl die Abschaffung der «privaten Kleinwirtschaft» schon beinahe vollzogen wurde (1959 gab es nur noch 283 000 Privatexistenzen) und obwohl der Kampf gegen die persönlichen Eigentum bildende Nebenwirtschaft der Kolchosbauern im vollen Gange ist und die Partei die Einschränkung des Verfügungsrechtes auch bezüglich der übrigen Objekte des persönlichen Eigentums laut fordert (bei Einfamilienhäusern, Privatautos usw.), sollte die zukünftige Verfassung auf die Anspielung auf diese Entwicklung verzichten. Auch die schon jetzt angestrebte Neugestaltung des ganzen Lebenswandels der Sowjetbürger wurde in den Vorschlägen vollständig verschwiegen, weil sie der Bevölkerung unsympathisch und für das Ausland direkt abschreckend sind: die Errichtung von Gemeinschaftshäusern und -blöcken, welche allmählich zur Wohn-, Produktions-, Konsumtions- und Verwaltungseinheit werden sollen.

### Berichterstattung

#### Rumänien/Schweiz

## Wir Menschenhändler

In der Schweiz besteht ein «blühender Menschenhandel». Das ist die Schlussfolgerung den ein Artikel der deutschsprachigen rumänischen Zeitschrift «Neuer Weg» über die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte bei uns zieht.

In ihrer langen Untersuchung bemüht sich die Zeitung dabei nicht nur um den Nachweis des schweizerischen Ausbeutertums, sondern auch um einen neuen Beweis für die «Krise des Kapitalismus». Gewöhnlich belegt zwar die kommunistische Presse die «geschichtlich zwingende Erscheinung» anhand der Arbeitslosigkeit in den USA, aber auch die Ueberbeschäftigung kann dialektisch als Argument verwendet werden, wenn man von der Krise zum vordringenden überzeugt ist — oder tut. Das Krisenindiz besteht darin, dass bei einem plötzlichen Zusammenbruch der Hochkonjunktur die unvermittelte Entlassung aller Arbeiter Auswirkungen auf Produktion und Verteilung haben würde. (Das ist logisch. Demnach wäre etwa auch die Elektrifizierung mechanischer Betriebe ein Krisenindiz, denn bei Stromunterbruch wäre die Weiterführung der Arbeit in Frage gestellt.)

Im übrigen ist unser Angebot an günstigen Arbeitsplätzen für Ausländer eine Massnahme, um die weniger entwickelten Länder in diesem Zustand zu halten. Jedenfalls in der Darstellung der KP-Zeitschrift aus Bukarest:

«Tatsächlich ist das eine ‚merkwürdige Hilfe‘ an unterentwickelte Länder, wenn diesen für deren eigenen Aufbau so notwendige Arbeitskräfte entzogen werden. Die Hilfe besteht also darin, die Elendsgebiete in diesen Ländern, denken wir an Süditalien, Griechenland und Spanien, zu erhalten und den Regierungen dieser Länder die Sorge um ihre Arbeitslosen und die Bekämpfung des Elends in ihrem eigenen Lande abzunehmen. So können einerseits

die Profite in den hochkapitalistischen Ländern gesteigert werden und zugleich die halbfeudalen, reaktionären Regimes gestützt werden. Diese schützen sich vor revolutionären Besitzveränderungen, die Voraussetzung der eigenen Industrialisierung und Lösung der sozialen Fragen wären, und erhalten ausserdem noch Devisen durch die Unterstützungen, die die Arbeiter aus dem Ausland in die Heimat schicken müssen, damit ihre Angehörigen nicht verhungern.

Der Kampf um die Arbeitskräfte wird sich noch verschärfen, da die neuen Nationalstaaten in Afrika und Asien sich davor hüten würden, ihre Arbeitskräfte wegzugeben, sie werden im Gegenteil ihre Landsleute aus dem Ausland zurückrufen, um den eigenen Aufbau zu fördern.»

Uebrigens ist das noch der differenziertere Teil der Berichterstattung. Im weniger differenzierten Teil wird über die Methoden des schweizerischen Menschenhandels geschrieben. Zunächst wird von einem Kriminalfall ausgegangen, den die schweizerische Presse seinerzeit deutlich genug als verbrecherisch brandmarkte:

«Eine wahre Jagd nach billigen Arbeitskräften hat eingesetzt, die schon zu regelrechten Fällen von Menschenhandel geführt hat. Im September 1960 wurde ein westdeutscher Automobilverkäufer in Basel verhaftet, weil er, wie die Fremdenpolizei feststellte, «Menschenhandel» getrieben habe. Der Westdeutsche hatte durch spezielle Agenten in Spanien Arbeiter unter unglaublichen Bedingungen angeworben. Die Spanier mussten 240 Franken bezahlen, wobei die Reise nur 40 Franken kostete. Ausserdem mussten sie eine Kollektivschuld unterzeichnen und sich noch dazu zur Zahlung von 100 Franken nach dem ersten Zahltag an den Menschenhändler verpflichten.»

Von der Verhaftung und gerichtlichen und moralischen Verurteilung des Schwindlers durch die öffentliche Meinung steht nichts. Im Gegenteil. Die Methode, so lässt «Neuer Weg» durchblicken, ist vom Staat selbst übernommen und perfektioniert worden:

«Durch offizielle Werber und Verträge mit den entsprechenden Regierungen wird nun der «private Menschenhandel» liquidiert. Ausserdem soll so auch, wenn möglich, der Konkurrenz begegnet werden. Mit Spanien wurde inzwischen ein Abkommen geschlossen, das ermöglichte, dass neuestens nun 22 000 spanische Arbeiter in der Schweiz beschäftigt sind. Immer mehr wirkt sich nun auch die sogenannte «Freizügigkeit» in der EWG aus, die z.B. die italienische Regierung verpflichtete, Arbeitskräfte in erster Linie an die anderen, natürlich wirtschaftlich viel stärkeren, EWG-Staaten zu liefern.»

Selbstverständlich bedeutet die Liquidierung des privaten Menschenhandels nicht zwingenderweise seine Wiedererweckung in offizieller Kapazität. Die Verleumdung ist rein grammatikalisch nicht nachweisbar, liegt aber in der Suggestion der Satzfolge. Der Untertitel «Blühender Menschenhandel» steht zwar über dem oben geschilderten Kriminalfall, umfasst aber auch den Absatz über die «offizielle Werbung». Der ganze Artikel trägt die Überschrift «Die industrielle Reservearmee des Schweizer Kapitals» und die Unterschrift eines Theodor Pinkus, der als Zürcher Mitarbeiter vorgestellt wird.

## Ungarn/Schweiz Die Bauernkundgebung

in Bern und die nachfolgenden Zwischenfälle wurden in der kommunistischen Presse verschiedentlich erwähnt. Die Budapestester «Nepszabadsag» schrieb unter dem Titel «Schweizer Agrarpolitik mit Tränengasbomben» folgendes:

«Ende der letzten Woche explodierten Tränengasbomben und Wasserpumpen mit Hochdruck wurden in Bern in Aktion gesetzt. Im Lande des Friedens und des Wohlstandes klatschten die Gummiknüppel der Polizisten auf die Bauernschultern herunter. Am Ende der riesengrossen Demonstration, in deren Rahmen 40 000 Bauern gegen die landwirtschaftliche Preispolitik der Regierung protestierten, blieben acht Verwundete und ein toter alter Mann vor dem Palast des Bundesrates liegen.»

(Dass es sich dabei um einen Herzschlag nach der Kundgebung handelte, wird selbstverständlich nicht erwähnt — ebenso wenig wird der Verlauf der klargetrennten Demonstration und der nachherigen Ausschreitungen geschildert. Dafür werden die Bauern als «Opfer der wirtschaftlichen Nato-Zielsetzung beklagt».)

Im Berichterstattungsstil ist ja der «Vorwärts» vorangegangen. Die Entstellung der Tatsachen ist natürlich nicht weiter verwunderlich. Immerhin sei darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nach kommunistischer Terminologie bei den protestierenden Bauern um «Kulaken», also um Klassenfeinde handelte. Aber auch der Klassenfeind ist dem Kommunismus im Westen je nach Umständen unterstützungswürdig. Bis man die Macht hat, ihn zu töten.

## BRIEFE

### «Schwarze Liste»

Dass ich selbst solcher Profitgier (im Osthandel) auf den Leim gegangen bin, musste ich erleben, als ich kürzlich meine Schreibmaschine zur Reparatur brachte. Dort musste ich leider erfahren, dass meine Maschine nicht aus dem Deutschland, welches wir normalerweise meinen, sondern aus Ostdeutschland, der sogenannten DDR kam. Auf meine Erkundigung hin wurde mir mitgeteilt, dass solche Maschinen besonders des besseren Verdienstes wegen verkauft werden. Man sagte mir auch, dass leider nicht nur meine Maschine, sondern auch andere Fabrikate aus Oststaaten eingeführt und angeboten werden.

Es sind nicht nur Schreibmaschinen aus Ostblockländern, welche wir ohne unser besonderes Wissen angeboten erhalten. Auch andere Waren, welche wir täglich brauchen, kommen in grossen Mengen in unser Land.

So klingt es fast unglaublich, dass letztes Jahr in einem (einem? Red.) Geschäft in der deutschsprachigen Schweiz nur Weihnachtsschmuck aus Oststaaten angeboten wurde... Man stelle sich vor, dass für das höchste christliche Fest der Schmuck aus den verstaatlichten, geknechteten Fabriken des Ostens, wo das Christentum verfolgt und ausgerottet wird, kommt! ... Und dass alles passiert bei uns aus Profitucht, Gedankenlosigkeit und gleichlaufend dazu aus übergrosser Dummheit. Gibt es nicht eine Möglichkeit für alle

freidenkenden Schweizer, gerade jetzt in der weihnachtlichen Zeit, wo wir vermehrt Einkäufe tätigen, zusammenzustehen und Schulter an Schulter gegen solche Angriffe zu stehen und zu kämpfen...? Es bestehen leider weder Gesetz noch Pflicht, dass Waren aus dem Ausland besonders gekennzeichnet werden müssen. So können wir nur eines machen, dass wir uns beim Kauf von Waren aller Art vermehrt nach deren Ursprung erkundigen und nötigenfalls einmal auf etwas verzichten. Besser aber wäre es, wenn von irgendeiner Stelle eine «schwarze Liste» ausgearbeitet würde, welche man an Interessenten kostenlos abgibt. Dies ist nach meiner Auffassung ein sehr grosser Schritt, welchen wir sofort unternehmen sollten.

Wir können nur hoffen, dass auch Geschäftsleute und Händler erkennen, dass der Osthandel nur einen kurzfristigen Gewinn und keinen Segen bringt. Es ist unser Vorteil und derjenige des ganzen freien Westens. U. L. T. in Zürich

Unsere jetzt laufende Veröffentlichung über die Handelsumsätze mit dem Osten ist zwar keine detaillierte Waren- und Markenliste, gibt aber immerhin nebst der allgemeinen Information auch Anhaltspunkte für Kontrolle und Erkundigungen.

Red. KB

### «Dichtung»

#### SBZ KP-Lyrik

Ein Kampagne im sowjetzonalen Neubrandenburg zum Schriftstellerbeitrag am «sozialistischen Aufbau» hat bereits etliche Früchte getragen. Unter anderm diesen Beitrag:

«Genossen — was kann ich tun?

Ich, junger Dichter,  
Kandidat unserer Partei,  
als einzelner unbedeutend.  
Die Aufgabe, seh ich,  
ist unübersehbar,  
meine Kraft gering,  
wie ein Elektrogetriebe.  
Was kann ich tun?

Steh, Ungestümer!  
Reihe Dich ein den Vielen!  
Den Kräftigen, Klügeren,  
die auf Traktoren,  
in Turmdrehkränen,  
an Taktstrassen  
den Beweis führen:  
Unser Programm  
— von uns gestaltet —  
das Wohl aller Menschen.  
Wie das geschieht,  
soll Dein liebevoll-wertender  
Blick erforschen,  
Deine Träume sollen ihm Flügel verleihen,  
dank, Genossen, das will ich tun!»

Die Schriftsteller Neubrandenburgs, die in einem Brief an die SED-Bezirksleitung versichern, «dass durch die SED, dass durch die mit Leninschem Geist durchdrungene Führungstätigkeit des Genossen Walter Ulbricht unsere Freiheit, Schriftsteller sein und bleiben zu dürfen, ermöglicht und gesichert wurde», erklären, dass ihr Wort «all die aufstacheln soll, die sich auf Kosten der Fleissigen ein Faulenzerleben verschaffen wollen».

## Handelsverkehr mit dem Osten (2)

### SBZ

(Es werden nur Positionen mit einem Einfuhrwert von über 0,5 Millionen Franken angegeben.)

Gesamtimport davon:	25,8
Rübenzucker und Rohrzucker	2,1
Aethylalkohol, nicht denaturiert, mit 80° oder mehr Alkoholgehalt	1,0
Carbonate und Percarbonate usw.	0,6
Acyclische Alkohole und ihre Derivate	0,8
Kolophonium und Derivate	0,5
Andere Fliesen, Pflasterklinker, Platten	0,5
Geschirr usw. aus Porzellan	1,2
Glaswaren für Haushalt, Büro usw.	0,8
Vorgewalzte Blöcke, Knüppel usw. aus Eisen oder Stahl, Schmiedehalbzeug	0,8
Schreibmaschinen ohne Rechenwerk usw.	0,8
Rechenmaschinen, Registrierkassen usw.	0,6
Kotillon- und Scherzartikel usw.	
Christbaumschmuck und Weihnachtsartikel	0,5
Gesamtexport davon:	24,5
Indigo	7,6
Kondensations-, Polykondensations- und Polyadditionserzeugnisse	0,7
Holzurniere	1,3
Baumwollgarne, n. f. Einzelverk.	2,6
Webstühle, Strick- u. Stickmaschinen	0,5
Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung	2,1
Diverse Maschinen	0,6
Werkstattwagen	0,5
Taschenuhren, Armbanduhren usw.	0,5

### Handel

#### SBZ Aus Frankreich

Die sowjetzonale staatliche Aussenhandelsstelle «DIA-Nahrung» hat mit verschiedenen französischen Firmen Importverträge über die Lieferung von 10 000 Tonnen Rindfleisch und 7900 Tonnen Butter abgeschlossen. An Anbetracht der äusserst prekären Lebensmittellage in der Zone, mussten die Lücken nun wieder mit Westimporten gedeckt werden, um grössere Schwierigkeiten zu vermeiden. Die übrigen Ostblockstaaten sind nämlich nicht in der Lage der im COMECON-Vertrag vorgesehenen «brüderlichen Hilfeleistung» nachzukommen, da sie ebenfalls mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Die französische Fachpresse bezeichnet diese Abschlüsse, infolge der gegenwärtigen Exportschwierigkeiten von Agrarprodukten in der Bundesrepublik, als sehr willkommen.

Angeichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und der ungenügenden Produktivität, will man anscheinend auch in der SBZ wieder die Normen erhöhen, nachdem die Sechs-Tage-Woche bereits restlos zurückgestellt worden ist. Als erste Anzeichen dieses Vorhabens können jene in der Presse veröffentlichten «Lesebriefe» betrachtet werden, in denen verschiedene Arbeitsbrigaden ihre gegenwärtigen Normen als überholt bezeichnen.



## Unser Memo

Der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Tirana stellt das chinesische Wirtschaftsprestige auf die Probe. Chruschtschews Vorgehen bedeutet die absolute wirtschaftliche Isolierung des unbotmässigen Satelliten von den europäischen kommunistischen Staaten. Die Sowjetunion selbst hatte zwar ihre Wirtschaftshilfe an Albanien bereits eingestellt, duldet aber ein Weiterbestehen des Warenverkehrs zwischen den übrigen Comecon-Staaten und Albanien.

Bulgarien in etwas grösserem Ausmass, aber auch alle übrigen europäischen Satelliten (mit vielleicht mehr symbolischen Beiträgen sogar Polen) hatten dafür gesorgt, dass die Wirtschaftskontakte im europäischen Kommunismus nicht ganz abbrechen. Damit war eine Tür offen gelassen, die Hodscha eine allfällige Umorientierung erleichtern sollte. Jetzt aber bedeutet der diplomatische Bruch — übrigens ein Präzedenzfall im sozialistischen Lager, denn selbst zur Zeit der heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Tito

## Der Schnappschuss

Wie beliebt die staatlich gelenkten politischen Kabaretts in Bulgarien sind, beschreibt «Tscheweno Sname» (Vidin):

«Vor einigen Jahren begann sich bei uns das politische Kabarett, eine verhältnismässig neue Kunstform, ihren Weg zu bahnen... Es wäre sehr wichtig, wenn diese Kunst auch in unseren Amateurkreisen festen Fuss fassen könnte, weil sie mit ihrer unmittelbaren scharfen Kritik an allen kapitalistischen Ueberbleibseln als eine wirksame Waffe im Kampf gegen alles, was unsere fortschrittliche Bewegung hindert, dienen könnte...»

... Leider ziehen es die Amateurkunstgruppen in unserem Kreis vor, sich mehr mit dem Theater zu befassen als mit dem politischen Kabarett, weil das Theater mehr oder weniger ein Vergnügen, das politische Kabarett aber vor allem eine Waffe ist, die gegen Faulenzen, Verschwendung des sozialistischen Eigentums, Bürokraten und Vertreter der bürgerlichen Moral gerichtet ist... Und es stellt sich heraus, dass gerade diese Themen unter der Dorfbevölkerung unpopulär sind...»

Nach jugoslawischen Erwartungen soll die Erdölproduktion im laufenden Jahr die 1,4 Millionen Tonnen erreichen und bis 1965 sich auf 2,2 Millionen Tonnen erhöhen. Die Erfüllung dieser Pläne wird vor allem mit der Ausbeutung der reichen Ölvorkommen bei Kikinda, Mokrin, Jagje-tovav und der Adria ermöglicht.

Ein sowjetischer Student zur Frage, wann kommt denn der Kommunismus: «Wissen Sie, mit dem Kommunismus ist es wie mit dem Horizont am Meer. Je mehr man sich ihm nähert, um so weiter entfernt er sich auch.»

Die Bevölkerung Prags hat nun die Millionengrenze überschritten. Nach vorläufigen Ergebnissen der am 1. März dieses Jahres durchgeführten Volkszählung, die jetzt von der amtlichen Nachrichtenagentur Ceteka veröffentlicht wurden, zählt Prag 1 003 341 Einwohner.

Fristlos entlassen wurde eine junge Verkäuferin in Budapest. Sie hatte «Bemerkungen gemacht, aus denen man schliessen kann, dass sie Gegnerin der gesellschaftlichen Ordnung und der sozialistischen Entwicklung ist. Frau Kapassy äusserte nämlich Zweifel an der Echtheit des Fluges von Major Gagarin. Den Flug Major Titows zweifelte sie allerdings nicht an.»

(In sämtlichen Satellitenstaaten geniessen die Sowjetunion und die «übrigen Länder des sozialistischen Lagers» den gleichen strafrechtlichen Schutz wie das eigene Land. Eine neue Stelle kann eine aus politischen Gründen entlassene Person erst nach sechs Monaten schwerer Arbeit — Grubenarbeit usw. bei vermindertem Lohn — erhalten. Eine bessere Berufsposition kommt nach einem solchen — in ihrem Arbeitsbuch festgehaltenen Zwischenfall — nicht mehr in Frage.)

## Mitteilung an die Leser

Wir machen die Leser auf die Möglichkeit aufmerksam, ihren Freunden und Bekannten ein

**GESCHENKABONNEMENT**

für die Wochenzeitung **DER KLARE BLICK**

für \_\_\_\_\_

von \_\_\_\_\_

gültig für das Jahr 1962...

zukommen zu lassen. Wir bitten lediglich um Namen und Adresse des Beschenkten. Die Geschenkkarte wird von uns selbst ausgefüllt. Die Rechnung wird dem Schenkenden gelegentlich zugestellt.

Administration «Der klare Blick»

war es nicht zu dieser Konsequenz gekommen — den totalen Boykott gegen das wirtschaftlich abhängende Albanien. Es bleibt China. Chruschtschews Entschluss wirkt wie eine Herausforderung an Mao, nun auch den Unterhalt seines europäischen Satelliten vollumfänglich zu übernehmen (die chinesische Hilfe an Albanien ist trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas dieses Jahr erhöht worden). Chruschtschew scheint damit zu rechnen, dass Peking dazu nicht imstande ist, und das wiederum wirft die Frage der sowjetisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen auf, denn Moskau wird nicht auf indirektem Weg die Existenz des Hodscha-Regimes gewährleisten wollen. Peking wollte von einem Einschwenken in die «revisionistische Linie» ja nichts wissen. Jetzt steht es vor der Aufgabe, die Konsequenzen zu ziehen — wenn es kann.

## Das Heim des Sownarchosleiters

Alle Jahre wieder erscheinen im Spätherbst die angehäuften Kritiken über nachlässige Wirtschaftsführer in der sowjetischen Presse. Diese Darstellung aus dem «Krokodil» zeigt, wie die Häuser gewisser Sownarchosleiter aussehen müssten, wenn sie gleich gepflegt würden wie die fraglichen Sownarchosen (Wirtschaftsbezirke) selbst. Ein altes Thema in immer neuen Variationen.

